

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/2

3. Januar 1974

Alarmruf an die menschliche Vernunft

1974: Günstiger Termin für das Weltbevölkerungsjahr

Von Dr. Erhard Eppler MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 / 28 Zeilen

Der Exzeß des Karl Carstens

Akute Gefahren der christdemokratischen Agitation

Seite 2 / 39 Zeilen

Gastarbeiter sind kein Freiwild

Das Ausländergesetz muß reformiert werden

Von Enrique Blanco-Cruz
Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft für Arbeit-
nehmerfragen im SPD-Bezirk Hannover und Vorsitzender
des Jungsozialisten-Unterbezirks Hannover-Land/Springe

Seite 3 bis 4a / 100 Zeilen

Lebensgefährliches Krümeln

Verbundglasscheibe muß die Haltesysteme im Auto
ergänzen

Von Horst Seefeld MdB
Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Regional-
politik und Verkehr im Europäischen Parlament

Seite 5 und 6 / 70 Zeilen

Alarmruf an die menschliche Vernunft

1974: Günstiger Termin für das Weltbevölkerungsjahr

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Mitglied des SPD-Präsidiums

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 1974 zum Weltbevölkerungsjahr erklärt. Im August wird in Bukarest die Weltbevölkerungskonferenz stattfinden.

Der Zeitpunkt erscheint günstig. Die albernen Rechenkunststücke, wonach man auf diesem Erdball 30 oder 40 Milliarden Menschen ernähren könne, werden 1974 nicht mehr ernst genommen. Die Energiekrise hat in Monaten erreicht, was Warnungen in vielen Jahren nicht zu Wege brachten: die Einsicht in die Begrenztheit unserer Ressourcen. Schon 1974 wird sich Knappheit an Öl umsetzen in eine Knappheit an Düngemitteln, vor allem in den Entwicklungsländern. Dies bedeutet in einigen Ländern Knappheit an Nahrungsmitteln, und dort, wo Nahrung schon immer Knappheit war, Hunger.

Kein ernsthafter Wissenschaftler wagt heute noch zu behaupten, daß es für zehn Milliarden Menschen genug Energie, Rohstoffe, Nahrung oder Frischwasser geben wird, ganz abgesehen von den Gefahren, die von einer solchen Zahl für die Umwelt entstehen. Vermehrt sich die Menschheit weiter wie bisher, so wird die Zahl von zehn Milliarden erreicht sein, ehe die 1974 geborenen Kinder das fünfzigste Lebensjahr erreicht haben.

Wenn unsere Kinder einer erträglichen Zukunft entgegensehen sollen, muß das Bevölkerungswachstum eingeschränkt werden. Das kann nur geschehen, wenn auch die Menschen in Entwicklungsländern eine reelle Chance erhalten, die Zahl ihrer Kinder selbst zu bestimmen. Dies können sie nicht, solange die wichtigsten Grundbedürfnisse nicht befriedigt sind: Ernährung, Behausung, Bildung, Arbeit, soziale Sicherung und Gesundheitsfürsorge. Arbeitslose Analphabeten ohne soziale Sicherung werden immer mehr arbeitslose Analphabeten in die Welt setzen.

Wenn das Weltbevölkerungsjahr mehr bringen soll als wirkungslose Appelle, muß es die Aufmerksamkeit auf die Grundbedürfnisse jener zwei Milliarden Menschen lenken, die heute ebenso die Verursacher wie die Opfer der Bevölkerungsexplosion sind.

(-/3.1.1974/bgy/pr)

+ + +

Der Exzeß des Karl Carstens

Akute Gefahren der christdemokratischen Agitation

Die massive Härte, mit der die beiden Koalitionsparteien auf die maßlosen Unterstellungen des Oppositionsführers im Bundestag, Prof. Karl Carstens, geantwortet haben, lassen zu Beginn des schwierigen Jahres 1974 in greller Deutlichkeit das Ausmaß der Polarisierung erkennen, die aus Verschulden von CDU und CSU das politische Leben der Bundesrepublik zu beherrschen droht. Carstens ebenso törichte wie anmassende Behauptung, CDU und CSU seien die einzige politische Kraft in unserem Lande, die geschlossen und entschlossen Widerstand gegen die Unterwanderung der freiheitlich-demokratischen Ordnung leiste, ist ein trotz aller Erfahrungen doch noch verblüffendes Warnzeichen vor einer von der Führung der Unionsparteien angestrebten Entwicklung, die sich einem Freund-Feind-Denken in äußerst bedenklicher Weise immer mehr nähert.

Die schroffen Reaktionen der Koalitionsparteien sollten daher in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik mit der gebührenden und notwendigen Aufmerksamkeit beachtet werden. Auf Carstens Äußerungen treffen die SPD- und FDP-Verdikte "Übelate politische Falschmünzerei" und "wüste Diskriminierung" vollauf zu. Der Oppositionsführer hat selbst die Grenzen gesetzt, mit deren Erreichung die beiden christlich firmierenden Parteien in ihrem demokratischen Selbstverständnis unglaublich zu werden begonnen haben. Eine Opposition, die es gestattet, daß ihr Sprecher in seiner übersteigerten Agitation gegen die Koalition und gegen die Regierung aus bloßen parteitaktischen Überlegungen heraus das Maß des demokratisch Möglichen verläßt, muß es hinnehmen, daß sie so bewertet und behandelt wird, wie sie sich der deutschen Öffentlichkeit gegenüber durch ihn offenbart hat.

Bleibt das Votum über den Mann selbst. Die Überschätzung, mit der sein Auftritt auf der politischen Bühne begleitet wurde, hat sich in denkbar kürzester Frist als eine absolute Fehlbeurteilung erwiesen. Was sich den verzweifelten Christdemokraten als eine Rettung in letzter Minute anbot, wurde zur peinlichen Belastung des politischen und parlamentarischen Lebens. Die Opposition wird bis auf weiteres damit leben, die Koalition wird sich zwangsläufig damit abfinden müssen. Aber die Reaktion auf den Neujahrs-Exzeß weist aus, wie das zu geschehen hat. (ee/3.1.1974/bgy/ee)

+ + +

Gastarbeiter sind kein Freiwild

Das Ausländergesetz muß reformiert werden

Von Enrique Blanco-Cruz

Vorstandmitglied der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im
SPD-Bezirk Hannover und Vorsitzender
des Jungsozialisten-Unterbezirks Hannover-Land/Springe

Über die ausländischen Arbeitnehmer wurde und wird ja in letzter Zeit besonders viel geredet. Fast jede Institution, ob konfessionelle oder Wohlfahrtsverbände, ob privat oder staatlich, hat sich bereits mit Fragen, die die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland betreffen, beschäftigt. Leider konnte bisher keine bedeutsame Besserung der Situation der 2,6 Millionen ausländischen Arbeiter erzielt werden.

Dieser Beitrag soll keine Polemik aufwerfen, er soll anhand einiger Beispiele die Situation bzw. den Sinn der Einwanderung ausländischer Arbeiter beschreiben und einige Forderungen stellen, die, weil sie kurzfristig zu realisieren sind, zur Besserung der Lebensbedingungen unserer ausländischen Mitbürger beitragen könnten.

Ein wesentlicher Faktor kapitalistischer Wirtschaftspolitik ist die Erhaltung eines ausreichenden Angebots unbeschäftigter Arbeitskräfte, um Druck auf die Lohnhöhe und die Arbeits- und Sozialbedingungen in den Betrieben ausüben zu können. Das Ausmaß dieses Potentials an unbeschäftigten Kräften ist jeweils von der wirtschaftlichen Entwicklung und von dem Anteil der produktionsaktiven Bevölkerungsgruppen abhängig. Langfristig kann man durch eine Einwanderungspolitik zu einem solchen Potential an unbeschäftigten Arbeitskräften kommen.

In den Jahren des "Wiederaufbaus" gab es in der Bundesrepublik Deutschland trotz des großen Zustroms von Vertriebenen, Freigelassenen, DDR-Flüchtlingen und freigewordenen landwirtschaftlichen Arbeitskräften kein nennenswertes inländisches Potential an unbeschäftigten Arbeitskräften. Die Zahl der Arbeitslosen sank zwischen 1950 und 1966 konstant. Die ständige Ausweitung der Produktion durch wachsenden Export und Wiederaufrüstung, die Ausdehnung der unproduktiven Sektoren (Dienstleistungen und Handel), unterlassene Rationalisierungsmaßnahmen, die Ausweitung der Produktion auf gleicher technologischer Stufe in bestimmten Branchen u.a. sogen die vorhandene Arbeitskraft auf. Die Zahl der Lohnabhängigen in der deutschen Bevölkerung nahm Größenmäßig zu. Durch den Aufbau der EWG ergab sich eine Möglichkeit, zusätzliche Arbeitskräfte in die Bundesrepublik hereinzuholen und somit das Potential an unbeschäftigten Arbeitskräften aufzustocken. Durch diese Möglichkeit erreichten die Unternehmer zusätzliche Vorteile für sich und für ihr Wirtschaftssystem.

Durch das Ausländergesetz und Vermittlungsvereinbarungen wurde es möglich, das Ausmaß des Potentials an unbeschäftigten Arbeitskräften kurzfristig zu steuern.

Am 20. Dezember 1955 schloß die Bundesregierung eine Vereinbarung mit der italienischen Regierung über die Anwerbung und Vermittlung italienischer

Arbeitskräfte in der Bundesrepublik an. Die Gewerkschaften wurden frühzeitig in die Beratungen mit einbezogen und setzten zwei grundsätzliche Forderungen durch: 1/ Ausschließliche Anwerbung im Ausland durch die Stellen des Bundesauswärtigen Amtes für Arbeitsvermittlungen; 2/ lohnmäßige und arbeitsrechtliche Gleichstellung ausländischer Arbeiter mit den deutschen Arbeitnehmern.

Die Ängste der Gewerkschaft, die große Anzahl der Ausländer würde sich lohndrückend auswirken, wurden durch den Bundesarbeitsminister Katzer 1967 beruhigt, er versicherte nämlich, der Prozentsatz der Einwanderer schwanke je nach den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft. Variationen seien ohne Entlassungen möglich, man brauche einfach die Arbeitsverträge, die für die Ausländer für die Dauer eines Jahres gültig seien, nicht zu erneuern.

Die unbeschäftigten Arbeitskräfte konnten also bei Bedarf ggf. wieder ins Herkunftsland abgeschoben werden. Es kann aber auch in Rezessionen zum Druck auf die einheimischen Arbeitskräfte kommen. Bei der Rezession von 1966 hat sich gezeigt, daß nicht unbedingt erst die ausländischen Menschen entlassen werden, wie es den Gewerkschaften versichert wurde, sondern die unliebsamen und vor allen Dingen die älteren Arbeiter. Dieses hat in manchen Situationen dazu geführt, daß sich ein erheblicher Haß (durch bestimmte Boulevard-Blätter provoziert) gegen die ausländischen Arbeiter entwickelte, die eine Solidarität der Arbeitnehmer verhinderte und die Situation der Ausländer verschlimmerte. Inzwischen hat eine große Anzahl von deutschen Arbeitnehmern eingesehen, daß die ausländischen Arbeitnehmer eine Verbesserung der eigenen Situation ermöglichten. Die sogenannten minderwertigen Arbeiten, z.B. Müllabfuhr, gefährliche Arbeiten in den Betrieben, Reinigungsarbeiten usw. werden praktisch nur von Ausländern ausgeführt. Die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten für deutsche Arbeiter sind besser geworden.

Die Mehrzahl der Ausländer kommt in die Bundesrepublik, weil in ihren Heimatländern die Lebensbedingungen so ungünstig sind, daß viele von ihnen noch hungern müssen, ihre Wohnverhältnisse elend sind, die beruflichen Möglichkeiten für die Kinder sind praktisch gleich Null. Das Ausländergesetz, gewährt den Ausländern nicht einmal die Grundrechte (für die viele von unseren Genossen unter den Diktaturen in Spanien, Portugal, Griechenland usw. sich einsetzen) und setzt sie oft der Willkür privater Interessen und dem Profitstreben aus.

Ich bin der Meinung, daß wir Sozialdemokraten nicht weiter tatenlos zusehen und dulden, daß Manichen, auch wenn sie Ausländer sind, in inhumana-

nen Verhältnissen und ohne Grundrechte bei uns leben, aus Gründen von Gesetzen, die nicht unserer Partei zuzuschreiben sind.

Folgende minimale Forderungen könnten wir ohne weiteres durchsetzen, wenn wir die Problematik in den Ortsvereinen, Unterbezirken und Bezirken besprechen und den Parlamenten weiterleiten würden:

1/ Änderung des Ausländergesetzes dahingehend, daß die ausländischen Arbeiter das Recht auf Bestimmung der Aufenthaltsdauer und des Aufenthaltsortes erhalten.

2/ Unterstützung eines Sonderwohnungsbauplanes für Ausländer sowie für deutsche Arbeiter mit niedrigen Einkommen, wie das Frankfurter Modell (keine Gettos).

3/ Die politische Betätigung von Ausländern soll im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung frei sein. Nach fünfjähriger Aufenthaltsdauer in der Bundesrepublik passives und aktives Wahlrecht bei Kommunalwahlen.

4/ Sicherung der Schul- und Berufsausbildung für Ausländer-Kinder (Verhinderung einer "Unterschicht von Morgen").

5/ Vereinfachung des Einbürgerungsverfahrens.

6/ Gründung von Beratungsstellen für Ausländer, die nicht konfessionellen oder halbamtlichen Stellen überlassen werden sollten.

Wenn wir diese Forderungen durchsetzen und zum Ziel führen, dann können wir als Sozialdemokraten erst sagen, daß wir etwas für unsere ausländischen Arbeiter getan haben. (-/3.1.1974/bgy/pr)

+ + +

Lebensgefährliches Krümeln

Verbundglasscheibe muß die Haltesysteme im Auto ergänzen

Von Horst Seefeld MdB

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Regionalpolitik
und Verkehr im Europäischen Parlament

Die Einführung des Anlegezwanges von Sicherheitsgurten in verschiedenen Staaten Europas fördert zweifellos die Sicherheit der Insassen von Kraftfahrzeugen. Auch in den USA soll der gesetzliche Zwang zur Anlegung von Sicherheitsgurten Wirklichkeit werden.

Der Bereich der Haltesysteme in Automobilen nimmt in der Diskussion zuständiger Gremien in der Europäischen Gemeinschaft und besonders bei einzelnen nationalen Regierungen, auch bei der deutschen Bundesregierung, einen immer bedeutenderen Platz ein. Unter Haltesystemen versteht man Dreipunkt-Sicherheitsgurte für Vorder- und Fondsitze, verschiedene Luftsacksysteme für Insassen auf Vorder- und Fondsitzen, Schaumauflagen auf den Rückseiten von Vordersitzlehnen, in die Vordersitzrücklehnen voll integrierte Kopfstützen, Auffangnetze vor dem Heckfenster für Insassen von Fondsitzen, Sicherheitsinstrumenttafeln mit verformungsfähigen Aufprallzonen, Sicherheitslenkräder, ausgebildete Seitenführungen von Fahrzeugsitzen sowie Halte- und Abstützgriffe.

Die Nützlichkeit solcher Haltesysteme ist unbestritten. Viele von ihnen sind in teureren Fahrzeugen schon heute eingebaut und werden in der Zukunft auch sicher in preiswerteren Wagen serienmäßiger Bestandteil sein. Es wäre jedoch ein verhängnisvoller Irrtum, - und dieser breitet sich zur Zeit offensichtlich aus -, den Sicherheitsfaktor "Windschutzscheibe" deshalb unter "ferner liefen" einrangieren zu wollen.

Ganz davon abgesehen, daß auch Haltesysteme in ihrer Wirkung begrenzt und schon aus biomechanischen Gründen nicht in der Lage sind, das Vielfache des Eigengewichtes von Fahrzeuginsassen bei Kollisionen oder anderen Unfallarten wirkungsvoll abzufangen und die Insassen so vor der Berührung mit der Windschutzscheibe zu schützen, ist das Problem der gesetzlich geforderten freien Sicht über den Bremsweg bei Bruch der Windschutzscheibe nach wie vor von besonderer Bedeutung bei den für die Verkehrssicherheit Verantwortlichen. Die Unfallgefährdung wird auch durch die besten Haltesysteme nicht verkleinert, wenn durch Steinschlag, bei Spannungsänderungen ohne oder durch Temperatureinflüsse die bekannten Krümelglas-Windschutzscheiben plötzlich mit explosivem Knall brechen und blind im Fahrzeugrahmen stehen bleiben, wie es nachweis-

lich täglich und stündlich in tausenden von Fällen gescheh und immer noch geschieht. Dem betroffenen Autofahrer wird die unbehinderte Sicht über den Bremsweg genommen und er gefährdet sich und andere.

Darüberhinaus wäre es paradox, für eine verformungsfähige Instrumententafel mit definierten Aufprallzonen zu streiten, wie sie als Sicherheitselement unter den Haltesystemen aufgeführt ist, und die naheliegende viel größere Fläche der Windschutzscheibe außerachtzulassen. Können die Haltesysteme nicht vor einer möglichen Kollision mit der Instrumententafel schützen, verhindern sie auch nicht einen Zusammenstoß der Insassen mit der Windschutzscheibe. Sicherheitsgurte halten nun einmal nur bis zu einer bestimmten Aufprallgeschwindigkeit, dann müssen sie sich ausdehnen und können nur noch einen zweifelhaften Halt bieten, werden in extremen Fällen gar zerreißen, oder der Brustkorb von Insassen wird eingedrückt und die Rippen bohren sich in lebenswichtige Organe.

Nach diesem Zerreißpunkt rechnet man mit einer Restgeschwindigkeit des vorschießenden Körpers von ca. 20 bis 30 Kilometern pro Stunde. Hier kann die Verbundsicherheitsglas-Windschutzscheibe selbst fest eingeklebt ihre Auffangfunktion voll erfüllen; eine Krümelglaswindschutzscheibe würde durchstoßen und der Insasse damit tödlichen Gefahren ausgesetzt. Auch bei der Verwendung von Luftsäcken für die Vordersitze ist die Verbundsicherheitsglas-Windschutzscheibe unbedingt notwendig. An ihr kann sich der explosiv aufblühende Luftsack abstützen, während eine Krümelglas-Windschutzscheibe den plötzlichen Druck nicht überleben, sondern zerfallen und die Wirksamkeit des Luftsacks stark beeinträchtigen würde.

Der bekannte deutsche Automobiltester Fritz B. Busch sagte bei einem Hearing vor dem Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages: "Die Krümelglas-Windschutzscheibe stellt ohne Zweifel ein Risiko für den Autofahrer dar, und man soll sich davor hüten, von vornherein Risiken in ein Automobil einzubauen!"

Die Sicherheitsprivilegien von Besitzern teurer Luxuskarossen, die viele dieser Einrichtungen schon heute serienmäßig haben, sollte man endlich abbauen und sie jedem Autofahrer, auch den Besitzern erschwinglicherer Fahrzeuge zugänglich machen. Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft wäre gut beraten, würde er der Einführung von Haltesystemen zwar alle möglichen Wege öffnen, jedoch auch durch seine Zustimmung zur vorliegenden EG-Richtlinie über die generelle Einführung des Prinzips von Verbund-Windschutzscheiben in der zur Zeit technisch optimalen Lösung wie auch in der Kombination möglicher zukünftiger Entwicklungen dem Sicherheitsfaktor "Windschutzscheibe" die ihm ohne jede Einschränkung gebührende Beachtung schenken.

(-/ 3.1.1974/ks/pr)